

# Grundsteuer garantiert Grünpflege

## SPD: Steuersatz beibehalten, um Unkrautproblem in der Stadt zu lösen

Von Dominik Pieper

**Unna. Obwohl eine Grundsteuererhöhung für den Winterdienst den Stadtbetrieben ein sattes Finanzpolster gebracht hat, denkt die SPD darüber nach, die Steuererhöhung nicht wie versprochen rückgängig zu machen.**

Innerhalb der Sozialdemokraten wird die Idee diskutiert, die Steuerbelastung für die Bürger nicht zurückzunehmen, sondern sie umzuwidmen. Mit dem Geld soll die städtische Grünpflege neu organisiert werden. Die Stadtbetriebe würden durch die Mehreinnahmen in die Lage versetzt, Mitarbeiter für die Grünpflege an öffentlichen Anlagen und Wegen zu beauftragen.

Hintergrund ist die harsche Kritik von Unnaer Bürgern, die auf den pflegerischen Missstand in diesem Spätsommer aufmerksam gemacht haben. Zuwuchernde Flächen etwa im Innenstadtbereich seien eine Schande und würden Unnas Stadtbild verschandeln. Überall im Gebiet von Unna-Mitte sowie in Teilen in den Dörfern hagelte es Kritik an der Stadt. Die Stadtbetriebe, zuständig für die Grünpflege, begründeten überwucherndes Unkraut mit fehlenden personellen Ressourcen. Für Grünpflege war schlichtweg kein Geld da.

Das soll sich nach ersten Überlegungen der SPD allerdings ändern. Ein Teil der letzten Grundsteuererhöhung, genau 25 Prozentpunkte, waren dafür gedacht, den Stadtbetrieben ein Finanzpolster zu verschaffen, falls es wieder Extremwinter in Unna gebe und die Kosten des Winterdienstes den kalkulatorischen Ansatz überschreiten. Dieses

Polster – exakt 350 000 Euro – hat die Stadt nun fast erreicht. Folglich könnte die Politik nach Hinweis aus dem Rathaus die Erhöhung der Grundsteuer in diesem Teilbereich rückgängig machen. Weil die SPD allerdings die Notwendigkeit einer verbesserten Stadtpflege durch mehr Grünarbeiten sieht, diskutiert sie als Mehrheitsfraktion im Stadtrat die Beibehaltung des Steuersatzes und die zweckgebundene Investition in die Schönheit der Stadt.

Wenngleich dieses Anliegen in der politischen Landschaft Unnas noch Neuland ist, kommen vom politischen Mitbewerber schon unterschiedliche Reaktionen. „Ich könnte mich damit arrangieren“, sagt CDU-Sprecher Rudolf Fröhlich. Innerhalb der Unionsfraktion wurde das Thema kurz beraten, aber noch nicht abschließend entschieden. Der SPD-Vorschlag sei nach seiner Auffassung „sinnvoll“, sagte Fröhlich.

Gegenwind blasen vor allem Grüne und Freie Wähler/Freie Liste dem Vorstoß der SPD ins Gesicht. Björn Merkord von der Fraktion der Grünen fordert die umgehende Entlastung der Bürger, wenn die finanzielle Lage dies hergebe. Außerdem sei die Grünpflege in Bürgerhand ohnehin besser aufgehoben, sagt Merkord, der das Problem mit Unkraut und Co. anders lösen möchte. „Unehrllich“, sagt Klaus Göldner (Freie Wähler/Freie Liste), sei die Idee der SPD, den erhöhten Steuersatz nun umzuwidmen. Die Politik müsse gegenüber dem Bürger Wort halten, forderte er. Obendrein brauche Unna das Geld an anderer Stelle dringender als bei der Grünpflege.



Überwucherndes Grün wie hier an der Lönnsstraße war in diesem Spätsommer ein Problem – und ist es bis heute. Die Beibehaltung des erhöhten Steuersatzes für den Winterdienst könnte durch eine Umwidmung Abhilfe schaffen – so lautet eine Idee der SPD.

Foto: Archiv